

Für eine Politik der Abrüstung und Entmilitarisierung

Positionspapier der DFG-VK

1. Situationsanalyse

1.1. Globale Konflikte

Der Ost-West-Konflikt scheint überwunden. Die „Marktwirtschaft“ scheint allgemein anerkannt. Die europäische Integration in den Bereichen Justiz, Diplomatie und Militär schreitet fort.

Von allen europäischen Staaten wurden mit der Europäischen Menschenrechtskonvention die gleichen Grundrechte und Grundfreiheiten als verbindlich anerkannt. Mechanismen der friedlichen Streitbeilegung wie u.a. die Internationalen Gerichte in Den Haag, Luxemburg und Straßburg wurden entwickelt, werden aber wenig genutzt.

Die Entwicklung der OSZE, dem sinnvollen Rahmen einer europäischen Demokratisierung und Zivilisierung, stagniert jedoch, weil die NATO-Staaten Priorität auf die Expansion der NATO legen.

Doch auf 1989 folgte 2001, auf das Ende des Kalten Kriegs der Beginn des „Kriegs gegen den Terror“, auf die bipolare Weltordnung mit den USA und der UdSSR eine immer stärker multipolare.

Auch der Ost-West-Konflikt kann als regionaler Hegemonialkonflikt zwischen USA bzw. NATO und Russland bzw. GUS-Staaten wieder aufbrechen.

Die militärische Frontstellung zwischen der NATO und Russland bleibt bestehen. Die Modernisierung der Kernwaffen geht weiter.

Durch die Weiterverbreitung von Atomtechnik und Atomwaffen wird weitere atomare Abrüstung komplizierter. Immer neue Staaten erwerben die Mittel zur Herstellung und zum Einsatz von Atomwaffen. Die alten Atomwaffenstaaten wollen aber auf ihren Status nicht verzichten und wollen keine Verhandlungen über allgemeine atomare Abrüstung haben, die im Atomwaffensperrvertrag vorgesehen sind.

Minderheitenkonflikte existieren in vielen europäischen Staaten weiter.

Die Konflikte in Bosnien und um den Kosovo sind ungeklärt. In den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien gibt es noch keine Regelung, die Selbstbestimmung und Gleichberechtigung aller Bevölkerungsgruppen sowie Frieden in Gerechtigkeit fördert.

Gleiches gilt für territoriale und ethnische Konflikte im Kaukasus.

Die weltpolitischen Gewichte verschieben sich. Die „BRIC- Staaten“ (Brasilien, Russland, Indien, China) stellen den weltpolitischen Machtanspruch der USA in Frage. Sie besitzen bzw. erwerben eine eigenständige Rüstungsindustrie und Atomwaffenpotenziale. Das Schanghai-Bündnis zwischen China und Russland kann als ein neues Gegenbündnis zur NATO gesehen werden. Indien versucht seine Stellung durch Zusammenarbeit mit allen anderen Weltmächten zu verbessern. Eine neue multipolare politische Struktur ist entstanden, die zur Aktualisierung von Konflikten und neuen Rüstungswettläufen führen kann.

Die Konflikte um Ressourcen wie Öl und andere knapper werdende Rohstoffe werden sich zuspitzen. Die USA haben sich auf dem Balkan, im Irak, in anderen Staaten am Persischen Golf und in Afghanistan neue strategische Militärstützpunkte verschafft.

Der Aufbau eines Feindbildes „Islamismus“ und die Beschwörung des „Kriegs gegen den Terrorismus“ bereiten propagandistisch den Boden für Interventionen in die ölreichen bzw. für

